

Ihren Uebergang zur Sozialdemokratie vollziehen könnten." — Der Artikelhelfer meint, diese seine Behauptungen würden einen kompetenten Ausschuss der Geisteswissenschaften zur Folge haben. Aber, von den Zentrumsanhängern in Sachsen wird niemand angeschlossen, und weit über Sachsen hinaus wird der Vorwurf aus Chemnitz kaum bekannt werden. In Sachsen gehören dem Zentrum wohl nicht die an, die „die Konjunktur erfassen“, denn hier heißt Zentrumsmann sein: Bekanntheit haben, Bekanntheit mit allen, einer antihaltigen Umwelt, Bekanntheit gegenüber sozialistisch orientierten Arbeitkollegen, Bekanntheit gegenüber erbärmlichen Angriffen gegen Katholizismus und Zentrum in der sächsischen Presse von links wie von rechts. Die Tauffchein-Katholiken in Sachsen muß der Herr Artikelhelfer schon, wo anders suchen als im Zentrumslager.

Die Männer aber, die „hinter den Auser des Zentrums bestimmen“ (wie man oft scherzhaft gelacht hat: „Diktatorisch“) bestimmen kennt ganz Deutschland: Es sind das die Parteivorstände: Pöckel, Koss, Stegerwald, ferner der Reichsanwalt Bräuning und die Fraktionsvorsitzenden im Reichstag, Esser und Perlitius. Die Behauptung, auch nur ein einziger dieser bestimmenden Männer sei als Tauffchein-Katholik anzusehen, ist so absurd, daß sie sich selbst richtet. Alle diese Männer stehen seit Jahrzehnten in der katholischen Bewegung, leisten seit Jahrzehnten Zentrumarbeit. Die Tauffchein-Katholiken aber mag man nicht im Zentrum suchen, sondern unter jenen Katholiken, die in antihaltigen Blättern unter dem Schutze der Anonymität hohle und unehrliche Angriffe gegen ihre Glaubensgenossen richten.

Dienen sich: Lügen dem nationalen Interesse?

Eine Frage nach an die Redaktion der Allgemeinen Zeitung Chemnitz: Halten Sie es für vereinbar mit den Regeln des journalistischen Anstandes, einem Chemnitzler dieser Art Asyl zu gewähren? Die Katholiken in Sachsen sind eine Minderheit, die Zentrum Anhänger in Sachsen sind eine Minderheit. Wie beurteilen Sie die Handlungsweise jener Zeitungen, die über die deutschen Minderheiten unwahre und erschreckende Angriffe veröffentlichen, weil sie wissen, daß diese Minderheiten nicht die Möglichkeit haben, vor der gleichen breiten Öffentlichkeit diese Verleumdungen zu widerlegen? Genügt Ihre Kenntnis der Zentrumspolitik und der Zentrumspolitik nicht, um auf den ersten Blick die groben Unwahrheiten und grotesken Irrtümer zu erkennen, die der Artikel Ihres katholischen Gewährsmannes enthält?

Jene bürgerlichen Zeitungen Sachsens, die nach Art der Allgemeinen Zeitung Chemnitz herabsetzende Verdächtigungen und Angriffe gegen das Zentrum bringen (wie haben in den letzten Tagen mehrere Beispiele dieser Art angeführt) sollten bedenken: die bürgerliche Mitte, deren Politik doch auch diese Zeitungen vertreten, führt das Kabinett Brüning. Eine bürgerliche Zeitung hat Brüning's Reformen vor wenigen Tagen ein „Rechtswort“ genannt. Alle, die es mit Deutschland gut meinen, sollten ein Interesse daran haben, daß dieses Rechtswort gelte. Glaubt man, dieses nationale Interesse zu fördern, wenn man die Partei, die Hauptstütze der Regierung ist, und — wie in dem Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ — den Kanzler selbst, der den Kurs dieser Partei bestimmt, der Gesamtstimmung verdächtigt? Das deutsche Volk ist in dieser Zeit wahrhaftig verblüfft genug. Die bürgerliche Presse sollte sich hüten, mit den sozialistischen und nationalsozialistischen Blättern darin zu Wettstreit, die Autorität eines Mannes wie Brüning zu untergraben. Solche Verleumdungen können dem Zentrum nicht schaden (sie werden den Zentrumsanhängern in Sachsen höchstens ein Aufhorn sein), wohl aber der deutschen Sache.
Dyk.

Der neue Nationalrat

Wien, 11. November.
Der neugewählte Nationalrat hat eine Reihe sehr wichtiger Geschäfte zu erledigen, vor allem soll der Haushalt bis zum Jahresende fertiggestellt werden. Gleichzeitig soll auch die veränderte Neuordnung der Abgabenteilung zwischen Bund und Ländern bis dahin erledigt sein. Auch soziale Maßnahmen bedürfen bis zum 31. Dezember einer Neuordnung. Die Vorarbeiten sollen daher mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die bisherige Regierung vor den neuen Nationalrat treten wird. Die Ansicht eines Mitgliedes des Gesamtkabinetts bezieht jedenfalls zurzeit nicht. In Kreisen des Schuberbachs wird die Ansicht vertreten, daß eine Teilnahme an einer Regierung Baugoin oder vielleicht auch an einer Regierung Seipel nach den Vorarbeiten der letzten Tage nicht in Frage komme. Es käme nur eine andere christlichsoziale Persönlichkeit als Bundeskanzler in Frage. Eine Auslösung würde wesentlich erleichtert werden, wenn die bisherige Regierung vor dem Zusammentritt des Nationalrates zurücktreten würde. Die Sozialdemokraten erklärten, daß die Regierung Baugoin zurücktreten müsse. Zur Frage der Regierungsbildung enthalten sie sich jeder Äußerung.

Nach der sehr vorliegenden genannten Übersicht über die bei den Nationalratswahlen am Sonntag abgegebenen Stimmen erheben von den Parteien welche Mandate errungen haben: Die Chr. Part. 1.241.121, der Schuberbach 421.141, der Heimatschutz 228.229, die Sozialdemokraten 1.509.755. Die Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen betrug 2.128.737, der marxistischen Stimmen 1.529.414 gegen 2.085.772 bezw. 1.555.744 im Jahre 1927.

Nach Mitteilung der Verbandswahlbehörde wird aus den Bestimmungen des Wahlgesetzes im 3. Wahlkreisverband der sechs Innenminister Zarkenberg (Oberösterreich) ein Mandat, ein weiteres Justizminister Hueber (Salzburg) erhalten. Das einzige Grundmandat des Heimatschutzes erhielt der Arbeiter der Alpen Montongesellschaft, Penzance, in Donau.

* Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat heute eine Postfahrt nach Holland unternommen. Ueber Benlo (Holland) wurde Post abgeworfen und eingenommen. 10.30 Uhr überflog das Luftschiff auf der Rückfahrt Köln.

* Das X ist Montag 15.37 Uhr in Calshot gelandet. Die Strecke Amsterdam Southampton ist in 3 Stunden 51 Minuten mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 16,5 Kilometer zurückgelegt worden. An Bord befanden sich 16 Mann Besatzung und 21 Passagiere. — Am Mittwoch wird der Prinz von Wales das Flugboot besichtigen.

Paris zufrieden mit Genf

„Die Großmächte haben sich durch Deutschland nicht prellen lassen“

C. P. Paris, 9. November.

Die Konvention, die jetzt in Genf beraten wird, soll als Rahmen für die Verhandlungen der allgemeinen Abrüstungskonferenz dienen. Wird sie die Tinte wert sein, die man darauf verwendet? Graf Bernstorff hat dies geleugnet, wenn die ausgebildeten Reiteren nicht in die Berechnungen einbezogen werden. „Das deutsche Manöver ist gescheitert“ („Journal“), so beurteilt man im allgemeinen in Paris das Ergebnis der Genfer Abstimmung über den entsprechenden deutschen Antrag. Allerdings zeigt die Abstimmung rein zahlenmäßig keine deutsche Niederlage, nachdem sechs Stimmen sich für den deutschen Standpunkt erklärten und nur zwölf Stimmen dagegen, während vierzehn Enthaltungen festzustellen sind. Aber die französische Erleichterung darüber, daß die gefährliche Klippe erfolgreich überwunden wurde, ist groß. Von Paris aus wurde die französische Delegation mit einer eifrigen propagandistischen Unterstützung begleitet.

Den juristischen Standpunkt, den man hier einnimmt, vertrat Pierre Cot in der Wochenzeitschrift „L'Europe Nouvelle“ am Samstag: „Die Rüstungseinschränkung wird sich einfach auf die Truppenbestände der Friedenszeit beziehen und nicht auf die ausgebildeten Reiteren.“ Diese umstrittene Frage sollte damit als Rechtsaufassung gelten, die bereits im Text der Konvention aus dem Jahre 1927 ihren Ausdruck gefunden habe. Trotzdem waren die Belohnungen, wie sich die Meinungen der in Genf zusammenkommenden Mächte gruppieren würden, nicht gering. Man setzte Hoffnungen auf die Haltung Lord Cecilis. Tatsächlich hat sich wieder einmal gezeigt, daß auf die englische Unterstützung der deutschen Auffassung über die ausgebildeten Reiteren im entscheidenden Augenblick nicht gerechnet werden kann. Bekanntlich gab es ja auch während der Plattenkonferenz einige Tage im März, in denen zu mindestens Gerüchte umgingen, man wolle durch Konzeptionen in der Frage der Landabrüstung schließlich doch noch Frankreichs Beitritt zum Dreimächtepakt ermöglichen. Im Augenblick ist die französische Stellung insofern eine starke, als sowohl Amerika wie England in hohem Maße am Zustandekommen einer Einigung in den maritimen Fragen interessiert sind.

Aus solchen Gründen, besonders aber wegen des letzten Ergebnisses in Genf, herrscht in Paris Freude und Befriedigung, und heute spiegelt sich der Optimismus in der öffentlichen Beurteilung der Genfer Arbeiten wider. Der „Temps“ feiert in unverhohlenen Triumph den Ausgang der geistigen Abstimmung. Er erhebt sich dabei in besonders abfälligen Bemerkungen über Deutschland. Man habe sich durch das schliche Manöver des Reichsvertreter nicht prellen lassen.

Die Deutschen würden nie zufrieden sein, weil sie mit dem einzigen Ziele handeln, einen Vorwand zu finden — dem übrigens jeder Glaube fehle — um ihre Handlungsfreiheit wieder zu finden, wenn die internationale Lage es erlaube. „Die Falle war zu groß, um sich darin fangen zu lassen.“ Schließlich freut sich der „Temps“ über die Vereinsamung Deutschlands im Kreise der europäischen Großmächte. Diese Isolierung ist allerdings sehr lehrreich und beweist, wie wenig man mit ausländischer Unterstützung in einer Frage rechnen kann, in der Deutschland allein benachteiligt ist, während die anderen Mächte die Wehrfreiheit genießen. Nachdem bis auf weiteres die Frage der ausgebildeten Reiteren aus dem Programm der Abrüstung gestrichen ist, kann die französische Propaganda wieder ihren freien Lauf nehmen. Sie stellt der französischen Heilmarmee nach Abzug der in den Kolonien stehenden Truppen die Kopfzahl der Reichswehr, der Polizei und der großen deutschen Frontkämpferorganisationen gegenüber. Es bleibt allerdings noch die Materialfrage zu erwähnen.

Über die „Times“ warnt

London, 10. November.

In einem „Britisches Reich und Außenpolitik“ überschriebenen Artikel tritt „Times“ dafür ein, daß sich die anlässlich der Reichskonferenz anwesenden Premierminister der Dominien vor allem mit der Frage befassen, bis zu welchem Maß sich die britische Regierung in europäischen Angelegenheiten verpflichten soll. Das Blatt rechnet damit, daß vor der nächsten Zusammenkunft der Staatsmänner des britischen Reiches eine politische Krise in Europa eintritt. Nachdem es hervorgehoben hat, daß natürlich keine wichtige Entscheidung ohne den Vorkonferenzrat erzielt werden könne, fährt es fort: Die Probleme, die nach menschlicher Berechnung sicher innerhalb der nächsten vier Jahre zur Erwägung gelangen werden, sind die mit der Revision der Friedensverträge verbundenen, die ein Teil der Politik Deutschlands geworden ist, und verbandt mit ihnen ist die Frage der Abrüstung. Für Deutschland und Frankreich bedeutet Revision der Verträge hauptsächlich eine Revision der Abrüstungsbestimmungen, die die bewaffneten Kräfte Deutschlands auf dem in Versailles aufgelegten Tiefstand halten.

Es wird allgemein zugegeben, daß dies Mißverhältnis nicht dauernd aufrechterhalten werden kann, auf jeden Fall nicht in dem damals bestimmten Maße, und die Beseitigung dieser Ungleichheit, die jedes Jahr dringender wird, kann nur erreicht werden durch eine drastische, allgemeine Mäßigung oder durch eine Erhöhung der Streitkräfte der wenigen entworfenen Staaten.

Polnische „Wahlfreiheit“

Des Wahlgeheimnis soll durchbrochen werden

Terror gegen Deutsche

Warschau, 11. November.

Der polnische Hauptwahlkommissar Gijzcki hat ein Rundschreiben an die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen erlassen, worin er behauptet, daß das Wahlgeheimnis nicht vom Wähler, sondern nur von der Wahlkommission verlegt werden könnte. Die Wahlordnung enthalte kein Verbot für den Wähler, seine Absicht für irgend eine Liste zu stimmen, im Wahllokal hundertmal; vom Wähler werde nur gefordert, daß er im Wahllokal Ruhe bewahre und keine Unatmosphären halte. Sogar bedeute es keine Verletzung des Wahlgeheimnisses, wenn der Wählende laut erklärt, daß er seine Stimme für diese oder jene Liste abgebe.

Der rechtsstehende „Kurjer Warszawski“ nennt diese Anweisung des Generalkommissars eine Ueberrumpfung. Der von der Regierungspartei empfohlene Bericht auf das Wahlgeheimnis gebe doch die Möglichkeit, einen Trick auf die Wähler auszuüben, was gerade auf dem Dorfe bei den heutigen Bedingungen eine ungeheure Rolle spielen müsse. Die Propaganda zur offenen Wahl bezwecke in Wirklichkeit eine Verletzung der Wahl. Man habe deshalb allgemein geglaubt, daß diese sonderbare Auslegung des verfassungsmäßig gewährleisteten Wahlgeheimnisses nicht die Zustimmung der amtlichen Stellen finden könne.

Hingegen begrüßt der im Regierungslager stehende „Gazeta Poranna“ das Rundschreiben des Hauptwahlkommissars. Die polnische Presse in Oberschlesien — so schreibt das genannte Blatt — fordere die Wähler auf, den Wahlzettel vor dem Einlegen in den Umschlag den Anwesenden zu zeigen und gleichzeitig zu sagen: „Ich stimme für den Regierungsbund.“ Diese Propaganda für eine offene Abgabe der Wahlstimme werde geführt, um „den korrupten deutschen Machenschaften“ vorzubeugen.

Kattowitz, 10. November.

Die bisherigen Terrorakte gegen die Deutschen in Ost-Oberschlesien waren anscheinend erst der Auftakt zu den Dingen, die sich innerhalb der nächsten beiden Wochen abspielen sollen. Der Verband der Aufständischen hat in der Nacht zum Sonntag in sämtlichen Wohnortschaften Plakate anhängen lassen, in denen eine allgemeine Mobilisierung der Aufständischen zum Kampf gegen das Deutschtum angeordnet wird. Die Mitglieder haben sich in der Zeit vom 9. bis 29. November während der Wahlperiode in schärfster Alarmbereitschaft zu halten und in allen Ortsgruppen die Offensive im Kampf gegen das Deutschtum aufzunehmen. Der Aufruf hat unter der deutschen Bevölkerung die schlimmsten Befürchtungen hervorgerufen. Besonders die Deutschen auf dem Lande flüchten, da der vierte Aufstand gegen die Deutschen öffentlich und ohne Widerspruch der polnischen Behörden propagiert wird, nach den Städten, wo sie einigermaßen Schutz erwarten.

Die letzten Vorgänge in Ost-Oberschlesien werden nun wohl auch jenen Lesenden in Deutschland die Augen öffnen, die bisher alle Nachrichten über Gewaltakte gegenüber der deutschen Minderheit als Erfindung phantastischer Journalisten oder staatsfeindlich eingestellter Minderheitenführer abtun zu können glaubten. Der am gestrigen Sonntag in allen Orten Ost-Oberschlesiens angelegene Befehl der Aufständischen ist eine so unverhüllte Auf-

reizung zu neuen Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit, daß es wahrhaftig nicht zu viel gesagt ist, wenn man feststellt, daß heute kein Deutscher in Ost-Oberschlesien mehr seines Lebens sicher ist.

Der angekündigte Feldzug der Aufständischen gegen die deutsche Presse hat praktisch bereits begonnen. In Lipine, in Schlesiengrube und Wislow im Kreise Kattowitz wurden am letzten Tage wehrlose Austrägerinnen des „Oberschlesischen Kuriers“ überfallen, verprügelt und ihrer Zeitungspakete beraubt. So wird es nicht mehr lange dauern, bis die deutsche Minderheit auch ihres letzten Sprachrohrs der deutschen Presse praktisch beraubt sein wird. Es ist nun wohl an der Zeit, allen Ernstes die Frage aufzuwerfen, was zu geschehen hat, nachdem Polen den Minderheitenschutzbestimmungen des Genfer Abkommens, das bekanntlich die Vorbedingung für die Teilung Oberschlesiens bildete, konsequent verlegt und der deutschen Minderheit nicht einmal mehr den primitivsten Schutz gewährt. Deutschland hat als Mitunterzeichner dieses Abkommens allen Anlaß, dieses Problem vor dem zuständigen internationalen Forum anzuhängen. Wenn man nun der deutschen Minderheit nicht einmal mehr erlauben will, sich gebührende Vertretung in den Parlamenten zu sichern, wenn die Wähler in größtmöglicher Weise ungunstigen der deutschen Minderheit gefällt werden, so ist das wohl ausreichendster Grund, nun einmal wirksamer als bisher nach dem Rechte zu sehen.

Schwerer Betriebsunfall in Freital

Dresden, 11. November.

In der Freitaler Glasfabrik vorm Friedrich Siemens hat sich gestern ein schwerer Unfall ereignet. Mehrere Arbeiter sollten den Heizkanal eines Oloofens, der wieder in Betrieb gesetzt werden sollte, reinigen. Sie nahmen dabei die Gasmaske, die ihnen zur Verfügung standen, nicht mit und wurden nach kurzer Zeit betäubt. Bei den Rettungsversuchen wurden verschiedene Kollegen, die ihnen helfen wollten, ebenfalls betäubt. Die beiden Verunglückten, der Maurermeister Josef Valenta, 58 Jahre alt, und der Maurer Rippold, 29 Jahre alt, konnten nur als Leichen geborgen werden. Drei Arbeiter, die helfen wollten, mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Metallarbeiter-Ausperrung in Bielefeld

Bielefeld, 11. November. Der Arbeitgebernverband der Bielefelder Metallindustrie hat am Montag die Ausperrung der in den angeschlossenen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter beschlossen. Die Ausperrung wird am heutigen Dienstagabend in Kraft treten. Es werden von ihr etwa 8 bis 9000 Arbeiter betroffen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Anfänglich noch unbedeutendes, unruhiges in freien Gebirgslagen zeitweilig stürmisches Wetter. Im Laufe des morgigen Tages Verhüllung und Besserung. Wohl bis zeitweise heiter. Nachlassen, bezw. Aufhören der Niederschlagsdauer. Kühl, im Gebirge kalt und rau. In den nächsten Nächten stellenweise Regen, und Nachfroht.